

Graz, am 20.4.2026

Pressemitteilung:

„Stillstand per Verordnung?“ – Diskussion über Zukunft von Natura 2000 in der Steiermark

Auf Einladung der Land&Forst Betriebe Steiermark fand am 16. April ein Praxistag im Europaschutzgebiet Raabklamm statt. Unter dem Titel „Stillstand per Verordnung?“ diskutierten Vertreter aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis über Herausforderungen und Zukunftsperspektiven des Natura-2000-Systems.

Im Rahmen einer Exkursion durch das Schutzgebiet erhielten die Teilnehmer Einblick in die Besonderheiten der Raabklamm, ein ökologisch wertvolles Gebiet mit naturnahen Schluchtenwäldern, Felslebensräumen und hoher Artenvielfalt. Gleichzeitig wurde deutlich, dass das Gebiet seit jeher auch durch land- und forstwirtschaftliche Nutzung geprägt ist.

Im Zentrum der anschließenden Podiumsdiskussion stand ein zentraler Kritikpunkt: die starre Festlegung von Lebensraumtypen im Natura-2000-System, welche den Klimawandel in keiner Weise berücksichtigt. Mehrere Vortragende betonten, dass dieses statische Konzept zunehmend an seine Grenzen stoße, insbesondere angesichts des Klimawandels und der damit verbundenen dynamischen Veränderungen von Ökosystemen.

Einigkeit bestand darin, dass sich natürliche Lebensräume laufend verändern und sich Schutzkonzepte stärker an diese Dynamik anpassen müssten. Die derzeitige Ausrichtung auf den Erhalt eines einmal definierten Zustands werde der Realität vor Ort vielfach nicht gerecht und erschwere eine nachhaltige Bewirtschaftung.

Obmann Carl Prinz von Croy verwies auf die Erfahrungen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe: Die statischen Vorgaben des Natura-2000-Systems seien in der Praxis kaum umsetzbar und führen zu Rechtsunsicherheit für Grundeigentümer. Nachhaltiges Management brauche Flexibilität – und das Vertrauen des Gesetzgebers in die Kompetenz jener, die diese Flächen seit Generationen verantwortungsvoll bewirtschaften.

Diskutiert wurde daher auch, wie ein zukunftsfähiges Natura-2000-Management aussehen kann, das sowohl den Anforderungen des Naturschutzes als auch den Bedürfnissen der Praxis gerecht wird. Dabei wurden insbesondere flexiblere Ansätze und eine stärkere Berücksichtigung klimabedingter Veränderungen als mögliche Lösungswege genannt.

Die Veranstaltung zeigte deutlich: Der Dialog zwischen Naturschutz, Wissenschaft und Bewirtschaftung bleibt entscheidend, um tragfähige Lösungen für den Umgang mit einer sich wandelnden Natur zu entwickeln. Damit diese erarbeiteten Lösungen aber auch rechtlich abgesichert werden können, bedarf es einer grundlegenden Anpassung der gesetzlichen Rahmenvorschriften (FFH- und Vogelschutzrichtlinie), da diese die Dynamik des Klimawandels bisher viel zu wenig berücksichtigen.

Bild: Referenten: Grundeigentümer Mag. Heinrich Stubenberg, Christian Rinner MSc. (A13), DI Heinz Lick (A 10), DI Renate Haslinger (BIOSA), Obmann ÖR Carl Prinz von Croy, Geschäftsführer Ing. Mag. Simon Gerhardt (LFBSTMK), FM DI Julian della Pietra (Forstamt Gutenberg), DI Dr. Katharina Lapin (BFW), Univ.-Prof. DI Dr. Eduard Hochbichler (BOKU)

Fotocredit: Veronika Weber, Abdruck honorarfrei

Die Land&Forst Betriebe Österreich sind die freiwillige Vereinigung österreichischer Landbewirtschaftler, mit der Zielsetzung, Österreichs Wälder und Felder als betriebliche Grundlage und gesellschaftlichen Mehrwert zu erhalten und Bewusstsein für die Anliegen privater land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und deren Tätigkeit zu schaffen. Die Mitgliedsbetriebe der Land&Forst Betriebe Österreich bewirtschaften zusammen mehr als ein Viertel des österreichischen Waldes und produzieren jede fünfte Tonne des österreichischen Getreides.

Kontakt

Land&Forst Betriebe Steiermark

Ing. Mag. Simon Gerhardt

Geschäftsführer

Tel.: +43 (0)316-825 325

E-Mail: stmk@landforstbetriebe.at

www.landforstbetriebe.at

Mit Unterstützung von Bund, Land und Europäischer Union

 Bundesministerium
Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft


Gemeinsame Agrarpolitik Österreich

 Das Land
Steiermark
→ Land- und Forstwirtschaft



Kofinanziert von der
Europäischen Union